



editorial

Ein hochschulpolitisch intensives Jahr neigt sich dem Ende zu. Die Universitätsreformen in vielen europäischen Ländern haben fast immer zu massiven Konflikten zwischen Gesetzgebern und Betroffenen geführt. Die Intentionen der Europäischen Union und speziell der Europäischen Kommission im Bereich Bildung/Wissenschaft/Forschung eine einheitliche Politik auf diesem sensiblen Gebiet zu entwickeln, sind meist kläglich gescheitert oder in lokalen Sumpflöchern (z.B. im deutschsprachigen EU-Raum) steckengeblieben. Der eindeutige Auftrag der WTO, Bildung global zu vermarkten, führte zur Einführung bzw. Erhöhung von Studiengebühren, zu grundlegenden Veränderungen der Personalstrukturen und zu einem Blockieren der Kernaufgaben der Führungskräfte (z.B. in Lehre und Forschung an Universitäten), verursacht durch eine permanente Irritation von Reformvorschlägen, Gesetzesentwürfen und Gesetzwerdungen.

Daß eine Veränderung von Bildung auch im Tertiärbereich (Hochschulen) in Österreich weitergeführt werden muß und soll, ist nicht zu bezweifeln. Der Regierungswechsel mit den geänderten gesellschafts- und machtpolitischen Verhältnissen und Interessen, eine damit verbundene neue soziale und sozialpartnerschaftliche Konfliktbasis und eine werbewirksam verkaufte Budgetpolitik (ein Nulldefizit hätte unter diesen massiven Belastungen der österreichischen Bevölkerung auf der Einnahmenseite auch ein(e) HAK-Absolvent(in) zusammengebracht) mit einer deutlichen Reduktion des Personalstandes im Bundesdienst, waren keine aber gute Basis für eine Bildungsreform in Österreich. Ein schlecht oder mangelhaft informiertes und beratenes Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur hat viele Chancen auf einen Konsens mit Interessensvertretern im Bereich „Bildung neu“ und „Weltklasseuniversität“ auf aller Ebenen (vom Schüler/Studenten bis zum Direktor/Rektor) vergeben. Es ist daher zu hoffen, daß die kommenden Feiertage nicht nur zur Besinnung auf christliche Werte, sondern auch auf ein sozialpartnerschaftliches Miteinander zwischen Regierenden und Betroffenen an allen Bildungsstätten anregen.

Leopold Jirovetz, Vorsitzender des ULV an der Universität Wien

 *Der Vorstand des Universitätslehrerinnen - und lehrer Verbandes der Universität Wien wünscht ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein Prosit 2002* 

Candidus Zwick
Im Elfenbeinturm
0815 Schilda

S.g.
DDDr. Heribert Weismerer
Institut für Institutsforschung
In der Schlangengrube 1
zu Protzen

Mein lieber Weismerer,

da sieht man es wieder, wie aus lauter Liberalität ein Würgegriff wird. Ah, Sie ahnen gewiss gleich, worauf ich hinauswill: Reformen. Reformen! Ich mag das Wort nicht mehr hören. Denn neulich, bei einer kleinen Melange (die normale Größe geht sich nicht mehr aus), da erklärte mir doch ein Kollege aus der Ökonomie-Abteilung glatt, Gesetzesänderungen seien käuflich zu erwerben. Man müsse nur wissen, wieviele Brötchen (was: Brötchen: Kannapees) und wieviel Champagner man einem Abgeordneten einflößen muss, um ihn geneigt zu machen, für die Wunschvorlage zu stimmen. Aber, weil ich so erregt bin, lieber Weismerer, schweife ich ab. Wie man hört, grassiert die Universitätsreform ja schon fast überall: Merkwürdig nur die vielen unterschiedlichen Reaktionen. Ich, ich bentschmarke inzwischen die Methoden des Widerstandes (da staunen sie, was). Also bei den Deutschen, da läuft zwar die Reform, aber sonst wenig. Die Kollegen und Kolleginnen dort haben, scheint's, das Widerborstige verlernt (einer ihrer Besten ist ja jetzt auch Minister). Die Amerikaner, ja, die sind zäh. Ich hab gelesen, dass sie da irgendwo im Mittelwesten eine Reform zu Fall gebracht haben, durch Ausspielen aller formellen Möglichkeiten, durch die Nutzung der Institutionen: zähe harte Burschen und Mädels. Bei Euch in Österreich, so höre ich, gibt's zweierlei Strategien: Zick-Zack-Fahren um dem Drüberbügeln durch die Regierung auszukommen, oder Papierwälle bauen: Papier unbedingt beschrieben, mit Resolutionen, Beschimpfungen und Gegenvorschlägen. Aber ob es helfen wird? Bei uns hier in Schilda, da geht's auch um: wir haben jetzt ein Schisma. Eine Betriebsversammlung an der Uni hat nämlich kurz und bündig die Autonome Uni Schilda ausgerufen, aus ihrer Mitte gleich den Senat und den Rektor gewählt, und die regieren jetzt allen Ernstes!

Auf der Galerie sitzen ist momentan das Spannendste, was man in Schilda tun kann! Wissen Sie Weismerer, was mich schmerzt? Nein? Na, das die Franzosen keine Universitätsreform haben: die Kolleginnen und Kollegen dort, die hätten's denen oben gezeigt, die haben das schon oft bewiesen, da hätten wir was lernen können. Na, mit der Eh Uh wird der Bazillus vielleicht noch dort hin übertragen. Hoffentlich ist's dann für unsere Suche nach Gegenmitteln nicht zu spät!

Meint in nicht sehr rosigem Gemütszustand
Ihr
Candidus Zwick

autonome uni schilda

gespräch mit dem rektor

**Gespräch mit dem Rektor der Universität Wien,
Univ.-Prof.Dr.Georg Winckler**

UL: Kann es noch zu einer akzeptablen Reform der Universitäten kommen? Anders gesagt: Werden sich die Betreiber der Reform gegenüber der Kritik diesmal einsichtig erweisen?

Rektor Winckler: Es ist zu wünschen, dass die ziemlich einhelligen Proteste gegen den Gestaltungsvorschlag zur "vollen Rechtsfähigkeit der Universitäten" im Ministerium zu einem Überdenken seiner Position führen. Bei aller gebotenen Skepsis erwarte ich das auch. Dieses Überdenken betrifft drei Punkte. Zu allererst geht es um die Klärung des Verhältnisses von Staat und Universität: Sollen die Universitäten Selbständigkeit beweisen, dann darf man sie nicht durch Verordnungen, ein vom Ministerium gesteuertes Aufsichtsorgan und eine Leistungsvereinbarung belasten. Im Zentrum sollte nur die Leistungsvereinbarung. Ein Aufsichtsorgan wie ein Universitätsrat geht in Ordnung, solange es sich nicht in operative Entscheidungen der Universität einmischt.

Der zweite Punkt betrifft die Ressourcenfrage. Da ist es beispielsweise schon gelungen, ein wenig Bewegung in die Fronten zu bringen: Unter anderem wurden 300 Mill.Schilling (22,77 Mill.Euro) für Universitätspersonal im Rahmen der Profilstärkung zugesichert; das entspricht zwar noch nicht den immer wieder genannten 500 zusätzlichen Stellen, aber es muß als guter Anfang gewertet werden. Auch bei den Sachaufwendungen gibt es Erfreuliches zu berichten: So sollen 10 Prozent der Drittmittel als Overhead-Kosten anerkannt und zusätzlich finanziert werden. Einer Klärung bedürfen aber die Fragen der Übergabe bez. Nutzung von Liegenschaften und der Erstellung einer Eröffnungsbilanz. Das sind zwei wichtige Fragen, in denen ich eine Einstellungsänderung erwarte, oder sollte ich besser sagen: erhoffe.

Der dritte Punkt betrifft die Leitungsstrukturen und die Mitbestimmung. Um es gleich vorwegzunehmen: Das sehr umstrittene Konzept des Universitätsrates halte ich dann nicht für verfehlt, wenn die Budgetgestaltung und der Budgetvollzug stärker in die Universitäten integriert wird. Allerdings sollte er als Organ der Universität, nicht des Ministeriums, und Sinnbild ihrer Selbstverwaltung installiert werden. Das kann beispielsweise dadurch geschehen, dass für die Bestellung eine doppelte Legitimation eingeführt wird; dem Senat könnte ein Vorschlagsrecht und dem Ministerium das Auswahlrecht zufallen - oder auch umgekehrt. Der Senat müßte mehr Verantwortung für die Akademischen Angelegenheiten und somit mehr Mitbestimmungsrechte übertragen bekommen, wie das auch in einer Stellungnahme der Rektorenkonferenz vom 27.November ausführlich dargelegt wurde. Fakultäten mit Entscheidungskompetenzen müssen weiter bestehen. Das ist nicht nur eine Frage der Tradition, sondern eine Frage der besseren operationalen Aufgabenerfüllung der Universitäten; es erleichtert zudem die Einbindung aller Universitätsangehörigen, also die Mitbestimmung. Auch das

Personalrecht muss nochmals grundlegend überdacht werden. Es sollte langfristig nur zwei Gruppen von Universitätsbediensteten geben, die wissenschaftlichen und die nicht-wissenschaftlichen, und innerhalb der wissenschaftlich Bediensteten sollte es ebenfalls nur eine Unterscheidung geben, nämlich die von Professoren und wissenschaftlichen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen. Das Laufbahnbild kann dann nach dem Angestelltengesetz gestaltet werden. Es bedarf in diesem Bereich dringend der Übergangsregelungen

UL: Kritiker Deiner Vorgehensweise meinen darin keine konsequente Linie erkennen zu können. Oder ist das in einer schwierigen Phase ein Ausdruck der Diplomatie, die Du entfaltetest?

Rektor Winckler: Nein, nein: Wenn man Sorge haben muss, dass die Regierung im Zweifel über die Universitäten "drüberfährt", dann bedarf es einer Mischung aus Opposition und Kompromissfähigkeit. Die große Schwierigkeit erblicke ich darin, dass die Universitäten nachgeordnete Dienststellen sind; als solche haben sie gegenüber der Regierung oder dem Ministerium leider eine schwache Position. Ich habe aber immer hervorgehoben, dass die Universitäten weiterentwickelt werden müssen, da sie im Wettbewerb stehen und sich diesem stellen müssen, zum Beispiel mit den Fachhochschulen, zum Beispiel mit den akkreditierten Privatuniversitäten. Jedenfalls muss man danach trachten, bei einer von oben angeordneten Reform das Schlimmste zu verhindern. Aber wie Du es angesprochen hast, das erfordert wegen der schwachen Position der Universitäten auch viel Diplomatie.

UL: Die Universitätsangehörigen haben bisher ihren Unmut über die Reformpläne unmissverständlich aber vor allem schriftlich bekundet. In welcher Weise könnten sie denn die Universitätsleitung in ihrem Bemühen unterstützen, die Politik noch zu einem Überdenken ihrer Vorhaben zubewegen?

Rektor Winckler: Vorweg möchte ich betonen, dass die Kritik am Ministerium gut ist, ja noch mehr, ich möchte die Universitätsangehörigen, die diese Kritik artikulieren, darin bestärken. Ein Problem sehe ich allerdings in dem immer wieder angedachten oder auch praktizierten Aktivismus: Dieser mag gut sein um das Selbstbewußtsein zu stärken, aber er vermag die Öffentlichkeit nicht zu überzeugen. Was wirken kann, ist das Sachargument, das zu entwickeln einer Universität nicht schwer fallen dürfte. Und die am besten dafür geeigneten Adressaten sind die Parlamentarier. Mit ihnen muss in einen Diskurs eingetreten werden. Das halte ich für den besten Weg, um auch der Öffentlichkeit in weiterer Folge die berechtigten Anliegen deutlich zu machen.

UL: Wir danken für das Gespräch!

(Das Gespräch führte Wolfgang Weigel)

NAWI – quo vadis?

In der letzten Sitzung des Fakultätskollegiums der Fakultät für Naturwissenschaften und Mathematik der Universität Wien (weiterhin NAWI, nicht NAMA!) wurde einstimmig die Entwicklungsperspektive der Fakultät verabschiedet. Sie sieht eine Schwerpunktbildung in den Bereichen *Quanten, Raum, Zeit und Materie, Materialwissenschaften, Geo-Bio-Sphäre und Bio&Pharma: funktionelle Lebenswissenschaften* vor. Im Sinne von Flexibilität und Innovation fördert die Fakultät darüber hinaus selbstverständlich jegliche neue Entwicklungen und wissenschaftliche Aktivitäten höchster Qualität. Als unverzichtbare Basis für den Erfolg aller Fächer der Fakultät wurden Mathematik und Computational Sciences und deren eigenständige wissenschaftliche Weiterentwicklung definiert. Wie an der Fakultät bereits beispielhaft im Vienna Biocenter Dr. Bohrgasse verwirklicht, soll in Zukunft die Zusammenarbeit universitärer Forschung mit Unternehmen in neuen Bildungs- und Wissenszentren gefördert werden (z.B. PharmaCenter Vienna, Center for Materials and Materials Design, Center for Environmental Sciences, Center for Geoscience Technology). Diese Entwicklungsperspektive ist die konsequente Fortführung unserer intensiven Diskussion über eine Weiterentwicklung der Fakultät für Naturwissenschaften und Mathematik. Die Meinungsbildung wurde in einer offenen Arbeitsgruppe ohne paritätische Zusammensetzung (es waren alle Lehrenden und StudentInnen der Fakultät eingeladen, mitzuarbeiten) über den gesamten Sommer bis in den November hinein in wöchentlichen Sitzungen sehr intensiv geführt und in einer eintägigen Klausur am Tulbinger Kogl (ist übrigens sehr zu empfehlen) abgeschlossen. Die Diskussion war zeitweise überschattet von diversesten Pressemeldungen über die vorwiegend von Prof. März propagierte Gründung einer University of Applied Life Sciences (UALS), die primär als Boku/VetMed Konstrukt geplant war, aber auch Teile der NAWI (Ernährungswissenschaften, Pharmazie, einzelne Arbeitsgruppen vom Vienna BioCenter) beinhalten sollte. Vielen von uns schien dies wie ein Versuch, die Flucht nach vorne anzutreten und auf diese Weise vom eigentlichen Problem abzulenken: die BOKU, die bei 322 Wissenschaftler auf 36 (!) Institute und 6 weitere Einrichtungen aufgeteilt ist, hätte im Sinne des UOG 93 eigentlich gar nicht gegründet werden dürfen, da in vielen Instituten weniger als 3 Professoren tätig sind. Die immer wieder propagierte Platznot an der Boku (6000 StudentInnen auf 100.000m²) wäre durch die vergleichsweise großzügige Raumausstattung der VetMed jedoch auf jeden Fall behoben. Warum also nicht eine Elite-Uni propargieren, die sich so nebenbei auch noch einige der Rosinen aus dem großen Kuchen NAWI herauspickt. Dass dies das Raumproblem nicht gerade entschärfen würde (im Pharmaziezentrum studieren 1800 PharmazeutInnen und 2200 ErnährungswissenschaftlerInnen auf etwa 20.000 m²) war genauso Nebensache wie die Frage, was aus dem Rest der NAWI dann werden soll. Wo gehören die NAWI-Institute der Botanik, Ökologie und Naturschutz oder auch Zoologie hin? Nachdem sich die Begeisterung der VetMed ebenfalls sehr in Grenzen hielt, dürfte man sich doch zu der Einsicht durchgerungen haben, dass eine UALS in dieser Form nicht der Weisheit letzter Schluss ist. Sie führte jedoch an der NAWI zu einer intensiven Diskussion über eine mögliche Neupositionierung in der Österreichischen Universitäts-

landschaft. Warum nicht eine Boku/NAWI Konstellation als University of Life Sciences? Eventuell könnte man auch einige vorklinische Fächer der Medizin einbinden. Warum nicht eine eigene Universität für Naturwissenschaften und Mathematik unter Einbeziehung einiger Bereiche der Technischen Universität? Dies sind alles sehr verlockende Gedanken angesichts der Tatsache, dass die Probleme der NAWI an unserer Universität vielfach immer noch nicht verstanden werden. Qualitativ hochwertige naturwissenschaftliche Ausbildung erfordert hochtechnisierte Räumlichkeiten, einen modernen, umfangreichen Gerätepark und eine sehr intensive persönliche Betreuung der Studierenden. Unsere StudentInnen müssen mit hochgiftigen Verbindungen umgehen lernen und an Geräten arbeiten, die mehrere Millionen Schilling kosten. Bei einem geschätzten Anlagevermögen jenseits der 800 Millionen Schilling reichen die UT8 Mittel in Höhe von 38 Mio nicht einmal für die notwendigsten Reparaturen. Die Berufung internationaler Spitzenforscher ist unter solchen Bedingungen nur sehr schwer möglich. Ein weiterer Problemkreis, der für viel Unmut an unserer Fakultät sorgt, sind die Berufungen. Die NAWI hat bereits 1999 mit einer umfangreichen Neuorientierung begonnen und viele frei werdende Professuren nicht nachbesetzt, sondern in neue umgewidmet. Mit dem Kippen ins UOG 93 waren die nicht nachbesetzten Professuren eingezogen und die neuen nicht budgetiert. Wir sind daher nach wie vor die Fakultät mit der bei weitem höchsten Zahl an vakanten Professorenstellen.

Trotz all dieser Probleme traf die Arbeitsgruppe für die Erstellung der Entwicklungsperspektive letztendlich die Entscheidung, ein starkes und zukunftsweisendes Profil für die NAWI in ihrer Gesamtheit und als unverzichtbarer Teil der Universität Wien zu entwerfen. Dies zeigt auch einen neuen Geist in der Fakultät, der geprägt ist von einem Miteinander aller Kurien. So wurde ebenfalls in der letzten Fakultätssitzung auf Vorschlag des Mittelbaues eine Stellungnahme zum Autonomie-Gestaltungsentwurf ohne Gegenstimmen verabschiedet. Sie basiert auf den Stellungnahmen des Senates und der Rektorenkonferenz und kritisiert vor allem

- die Art der Bestellung und die Zusammensetzung des Universitätsrates sowie die ihm zugedachten Kompetenzen, die eine selbständige Gestaltung durch die Universitätsleitung nicht zulassen,
- die weitgehende Abschaffung jeglicher Mitbestimmung und Mitgestaltungsmöglichkeiten eines Großteils der Universitätsangehörigen (Professoren, Angehörige des Mittelbaus und Studenten) in allen wesentlichen Angelegenheiten,
- die unzweckmäßige Regelung von Berufungsverfahren, Habilitationsverfahren und Erarbeitung und Erstellung von Curricula,
- die unzureichende finanzielle Ausstattung in vielen Bereichen der zukünftigen autonomen Universitäten, in der viele durch die Umstellung zusätzlich anfallenden Kosten nicht berücksichtigt sind,
- der Größe der Universität Wien völlig inadäquate Regelungen, wie die stark eingeschränkte Größe des Senats, sowie das Verbot, unterhalb des Senats Kollegialorgane mit Entscheidungsbefugnis zuzulassen,
- sowie die Nichteinbindung der Universitätsangehörigen (mit Ausnahme des Rektors) bei der Erstellung des Profils ("Ausrichtung der Universität").

Auch unsere Vorschläge zum Dienstrecht, die de facto ein sich am amerikanischen System orientierendes Tenure-Track Modell vorsahen, wurden in

breitem Konsens erarbeitet. Leider war man im Ministerium nicht bereit, wirklich zukunftsweisend zu agieren. Es bleibt uns daher nur die Befriedigung, dass im Ende Oktober veröffentlichten Blaubuch des Schweizer Forschungs- und Technologierates ein ebensolches Tenure-Track Modell für alle Schweizer Universitäten (die uns ja immer als große Vorbilder präsentiert werden) vorgeschlagen wird.

Abschließend bleibt nur zu hoffen, dass man bei all diesen Diskussionen und geradezu manischen Reformbemühungen nicht das grundlegende Wesen einer Universität vergißt: Wissenschaftler, die ohne äußeren Zwang, sofort Verwert- und Vermarktbares produzieren zu müssen, forschen können, geben ihr Wissen und ihre Erfahrung in direktem, persönlichen Kontakt an ihre Studenten weiter. Im Bereich der Naturwissenschaften ist diese kulturelle Verantwortung zu einer qualitativ hochwertigen Grundlagenforschung eine unabdingbare Voraussetzung für die technologische Weiterentwicklung unserer Gesellschaft.

Ao.Univ.-Prof. Mag.pharm. Dr. Gerhard Ecker
Institut für Pharmazeutische Chemie, Universität Wien
Kuriensprecher NAWI, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Profilbildung

In eigener Sache - Mitgliedsbeitrag 2001/2002

Dieser Folge der UL-Informationen liegt der Zahlschein für den Mitgliedsbeitrag für das laufende Studienjahr bei. Den Betrag können Sie im Rahmen von € 20.- bis 45.- selbst bestimmen, er ist **steuerlich absetzbar**.

Der **Universitätslehrerverband** an der Universität Wien ist **parteiungebunden**; wir erhalten keine Subventionen und finanzieren unsere Arbeit ausschließlich aus den Beitragszahlungen unserer Mitglieder. In der jetzigen hochschulpolitischen Situation gewinnt die Mitwirkung in auf freiwilliger Mitgliedschaft beruhenden Vereinigungen zunehmend an Bedeutung.

Durch Einzahlung des Mitgliedsbeitrages (**er beinhaltet auch eine Berufsgruppenrechtsschutzversicherung!**) können Sie ohne weitere Formalitäten Mitglied unseres Verbandes werden. Sie unterstützen damit unsere Tätigkeit und gewinnen eine Plattform für Ihre eigenen Anliegen.

Walter Jäger, Kassier.

weg mit den orchideen?

‘Lehrplanentrümpelung’, ‘Überarbeitung von verstaubten Studienplänen’, ‘kritische Durchforstung der Curricula’ - die Schlagwörter sind schon alt, und die Inhalte sind sicher nicht unberechtigt - auch wenn es vielleicht manchen schwerfällt, sich damit abzufinden, dass manche Lehrinhalte im Lauf der Zeit an Attraktivität eingebüßt haben. Manchmal kehren Lehrinhalte Jahre später unter verändertem Namen wieder, heute meist unter einem Englischen: Humanities, Law Studies, Life Sciences usw. Oft müssen Lehrinhalte reduziert werden, um Platz zu schaffen für neue. Wegen der länger gewordenen Geschichte, der ungeheurer großen Verfügbarkeit von Informationen über das Internet und der Vielzahl technischer Medien sind die Anforderungen an das menschliche Gehirn gestiegen; dafür müssen andere Inhalte geopfert werden. Von Karl dem Großen weiß man, dass er sich monatelang vergeblich bemühte, das Schreiben zu erlernen - eine Fähigkeit, die heute zumindest in Europa zum Basiswissen gehört, wiewohl Untersuchungen aufzeigen, dass die Zahl der Analphabeten heute wieder zunimmt.

Zu den Wissensgebieten, die in den letzten 100 Jahren dazugekommen sind, gehören nicht nur die Wirtschaftswissenschaften und die meisten technologischen Fächer, sondern auch viele Arten von Geisteswissenschaften: Sinologie, Skandinavistik, Buddhismuskunde, usw. Mit staunender Ehrfurcht liest man in Biographien von Universitätsprofessoren vergangener Jahrhunderte, wie sie scheinbar mühelos ganz verschiedene Lehrstühle hintereinander oder sogar zugleich innehaben konnten: Physik, Medizin, Geschichte, Poetik, Mathematik, usw.

Heute ist das Wissen in den einzelnen Fächern angestiegen, und längst kann ein Hochschullehrer nicht einmal mehr ein einziges Fach zur Gänze überblicken. Sollte man also die Zahl der Fächer wieder reduzieren, um zum Ideal von einst zurückzukehren? War es 200 Jahren wirklich besser?

In der heutigen Diskussion geht es längst nicht mehr um eine Reduktion der Pflichtfächer, sondern um eine Reduktion der Wissensgebiete überhaupt. Niemand zwingt Studierende, eine Studienrichtung zu wählen, die sie selber für unnötig halten. Freilich üben die ökonomischen Verhältnisse einen gewissen Zwang aus. Wer pro Jahr fast 1000 € für eine Ausbildung hinblättern muss, fühlt sich zur Wahl eines Studium bemüßigt, das dank der späteren Verdienstmöglichkeiten eine schnelle Rückzahlung der Studienschulden erlaubt. Würde man die Studierenden nach ihren eigenen Interessen auswählen lassen, fänden sich viele geisteswissenschaftliche Fächer an der Spitze der Beliebtheitsskala wieder. Nicht umsonst ist das Durchschnittsalter der Studierenden in den sog. Orchideenfächern viel höher als in den sog. Massenfächern: Ältere Menschen können es sich oft leisten, das zu tun, was ihnen Spaß macht, wo sie in kleinen Gruppen arbeiten können und persönliche Kontakte knüpfen. Jüngere, die sich für Orchideenfächer entscheiden, betreiben diese oft als Zusatzstudium, auf der Suche nach einer interessanten Zusatzqualifikation zu einer Ausbildung, wie sie Tausende andere auch haben: Betriebswirte und JuristInnen gibt es wie Sand am Meer, aber nur wenige können das japanische Gesellschaftsmodell in der Originalsprache studieren oder Kulturpolitik aus der Sicht der Literaturwissenschaft betrachten. Wegen der Überschaubarkeit des institutionellen Rahmens ist in den Orchideenfächern nicht nur die persönlichen Betreuung konkurrenzlos groß, sondern auch die Möglichkeit des sozialen Lernens ungleich stärker verankert als in überlaufenen Fächern, wo man weitgehend allein vor sich hinlernt.

Orchideenfächer nennt man jene Wissensgebiete, für die es nur wenig Nachfrage gibt (was auf die echten Orchideen nicht gerade zutrifft) und die von den Studierenden meist als intellektuell besonders bereichernd und schön empfunden werden (letzteres trifft sehr wohl auch auf die echten Orchideen zu). Was Orchideenfächer sind, ist natürlich von Land zu Land unterschiedlich. Afrikanistik beispielsweise spielt bei uns ein Schattendasein, obwohl sie die Kultur von gut der Hälfte der Weltbevölkerung

untersucht (freilich der ärmeren Hälfte).

Viele Orchideenfächer sind in Österreich künstlich in diese Rolle hineingedrängt worden. Früher waren die meisten geisteswissenschaftlichen Fächer kombinationspflichtig, d.h. man studierte zweigleich. In den achtziger Jahren wurde aus dem zweiten Fach ein Nebenfach, und etwas später wurde es durch ein individuell zusammenstellbares Profil aus mehreren Wissensgebieten ersetzt. Das war nicht so dumm, bedeutet aber, dass Studierende sich vermehrt für Fächer inskribieren, von denen sie sich später finanziellen Gewinn versprechen, und die Orchideenfächer allenfalls als Wahlfächer belegen. Dadurch erhalten die Massenfächer noch mehr Studierende, während den Orchideenfächern noch weniger bleiben. Das war vorauszusehen und wurde auch vorausgesehen. Die heutige politische Führungsschicht scheint davon nichts mehr zu wissen. Für sie zählen plötzlich nur mehr die Zahl der InskribentInnen und AbsolventInnen. Letztere wird außerdem sehr oft unkritisch mit Output gleichgesetzt. Andere Formen von Output (interessante Zusatzqualifikationen, Ausgleich zu einem als unbefriedigend erfahrenen Berufsalltag, Schulung allgemein geistiger Fähigkeiten, sinnvolle Beschäftigung für den Lebensabend, Überwindung einer Sinnkrise, usw.), die vor allem die Orchideenfächer betreffen, werden nicht zur Kenntnis genommen.

Die Frage, welche Studienrichtungen nötig sind, wird außerdem oft nach sehr kurzfristigen Perspektiven beantwortet. Ein Jahr ist es her, dass der Finanzminister die Daseinsberechtigung der Orientalistik anzweifelte; seit dem 11. September 2001 werden IslamkennerInnen in vielen Ländern gesucht. Vor 1989 wurde in Amsterdam die Abschaffung des Deutschstudiums nur knapp verhindert; ein Jahr später musste man es wegen der grossen Nachfrage sogar ausbauen. Auch in den Niederlanden hat man jahrelang das Medizinstudium einer strengen Zugangsbeschränkung unterworfen; heute werben die Niederlande im Ausland um Ärzte, weil sie den Bedarf unterschätzt hatten. Hier bei uns galt die Sinologie vor einigen Jahren als ein Fach für Weltfremde; heute ist sie das Portal zu (auch wirtschaftlichen) Kontakten zu China. Die Liste ließe sich lange fortsetzen. Sie zeigt nur, dass sich Zukunft eben nicht im Detail voraussehen lässt.

Überlegungen, bestehende Fächer aus Mangel an ökonomischer Relevanz für heutige Arbeitgeber abzuschaffen, werden die Zukunft nicht in den Griff bekommen können. Sie setzen jedoch einen Teufelskreis der Resignation in Gang. Viele Studierende wissen nicht, dass sie das Recht haben, eine begonnene Studienrichtung auch dann abzuschließen, wenn diese Studienrichtung aufgelöst wird (aber vielleicht haben sie dieses Recht ohnedies nicht mehr lange, weil es zu teuer kommt?). Wenn sie hören, dass ihr Lieblingsstudium möglicherweise eingespart werden könnte, werden sie versuchen, rechtzeitig auf andere Studien auszuweichen. Die geringe Nachfrage dient wiederum der Universität als Argument zur Reduzierung des Angebots, die Reduzierung des Angebots schreckt noch mehr Studierende ab, usw. Heute schon kommt es bei vielen Studienrichtungen zu gewaltigen Studienverzögerungen, weil bestimmte Pflichtfächer aus Kostengründen nur alle paar Jahre angeboten werden können und weil die Massenfächer den Zugang zu vielen ihrer Lehrveranstaltungen auf ihre eigenen InskribentInnen beschränken. Wer sich für ein Massenfach inskribiert, ist als Gasthörer in jedem Orchideenfach willkommen, aber wer sich für ein Orchideenfach inskribiert und Wahlfächer aus dem Angebot der Massenfächer füllen möchte, blitzt dort oft als unerwünschter Außenseiter ab.

Argumente für den Behalt der Orchideenfächer kommen oft Argumenten für die Bedeutung der Geisteswissenschaften gleich: Die Beschäftigung mit fremden Sprachen, Literaturen und Kulturen ist nicht nur wichtig als Betriebsanleitung zur Werbung für Österreich in der Welt (und sollte gerade in einem Tourismusland wie Österreich eigentlich selbstverständlich sein, von der länderangepassten Reaktion auf Sanktionen gar nicht zu sprechen), sondern auch zur Schärfung des Heimatbewusstseins. Nie kann man das Eigene so gut kennen lernen wie über den Kontrast mit anderen Ländern, Kulturen und Denkmodellen. Verbesserungen und Anregungen kann man nur dann entwickeln, wenn man eine ungefähre Vorstellung davon hat, wie bestimmte Fragen

anderswo gestellt und gelöst werden. Indem sie aufzeigen, dass die Kultur, in die man zufällig hineingeboren wurde, nicht die einzig selig machende und schon gar nicht die allein mögliche ist, geben die Geisteswissenschaften jene kreativen Impulse erst vor, die die Entwicklung der meisten anderen Wissenschaften erst bestimmen. Alle großen Ideologien und wissenschaftsgeschichtlichen Strömungen gehen auf Überlegungen von Geisteswissenschaftlern zurück. Betriebswirtschaft, Jus u.a. zeigen, wie man eine Idee durchsetzen kann, aber die Idee selber gedeiht meistens auf dem geisteswissenschaftlichen Humus am besten; Technik und Medizin lehren, was möglich ist, aber was davon wo angewendet werden soll, ist eine geisteswissenschaftliche Frage.

Weil in den Geisteswissenschaften das menschliche Denken und die menschliche Kreativität zentral stehen, werden sie oft als ideologisch und unwissenschaftlich abgetan. Faktenwissen ist heute Trumpf. Freilich kann man mit Fakten allein zwar vielleicht in 'Wer wird Millionär?' auftreten, aber Interpretation, Kreativität und intellektuelles Vergnügen gehören - gottseidank!!! - auch zum Menschen. Bei den exakten Wissenschaften gibt es entweder Wahrheit oder Irrtum, während die Geisteswissenschaften gerade von der Verschiedenheit der Lehrmeinungen und der intellektuellen Herausforderung, die sich dadurch ergeben, leben (im Wirtschaftsjargon nennt man das 'Wettbewerb'). Deshalb ist gerade in diesen Fächern, die vom Sparstift besonders bedroht sind, die Vielfalt der Lehrmeinungen - d.h. mehr als nur ein einziger Lehrender für ganz Österreich! - besonders nötig!

Vielen erscheint es gut, wenig gefragte Studienrichtungen einsparen, wenn sie im Umkreis von 100 km auch angeboten werden. Muss man Französisch in Graz anbieten, wenn man das auch in Klagenfurt tut? Muss man in Salzburg mittelalterliche Literatur lehren, wenn die Studierenden das auch in München studieren können? Wozu Ethnologie in Wien, wenn sie auch in Brünn gelehrt wird (freilich auf Tschechisch)? Warum überhaupt Fremdsprachenstudien in Österreich, wenn man ihre Inhalte in den Ländern, wo sie gesprochen werden, auch und sogar viel besser lernen kann? Dann spart der Staat, und wer sich ein Studium leisten kann, muss sich halt auch einen mehrjährigen Auslandsaufenthalt leisten können. Es muss ohnedies nicht jeder studieren, wir brauchen sowieso Personen, die die Arbeit unserer GastarbeiterInnen machen, damit diese endlich überflüssig werden können?

Wer solche Einsparungen begrüßt, muss gerechterweise erlauben, dass auch andere Länder ähnlich argumentieren. Dann wird bei uns Arabistik, Niederlandistik, Japanologie usw. eingespart. Wer was über diese Kulturen wissen will, fährt halt selber hin; und wer im Ausland unbedingt was über uns wissen will, zieht zu uns. Oder in die USA, die so groß sind, dass dort viele Fächer Platz haben. Keltologie beispielsweise kann man schon jetzt am besten in Übersee studieren. Der Nachteil an dem System wäre allerdings, dass man ohne die Beschäftigung mit fremden Kulturen kaum mehr erfahren kann, wie Universitätsreformen anderswo ablaufen. Oder sagen uns das in Hinkunft ohnedies Regierung und Rektoren? Bis jetzt hören wir von dort allerdings nur Berichte über Basel und auch Harvard, nicht von den zahlreichen Beispielen für schiefgelaufene Reformen (Australien, Spanien, u.a.)...

Christine Kasper, Mitglied des Vorstandes, ULV an der Universität Wien